

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Max Baumbach, Dresden, Postfach 10011  
Druck: Max Baumbach, Dresden, Postfach 10011

Bezugspreis bei monatlicher Bestellung monatlich 2,00 RM. (einschließlich 10 Pf. für Porto), bei halbjährlicher 10,00 RM., bei vierteljährlicher 5,00 RM. (einschließlich 10 Pf. für Porto). Einzelhefte 10 Pf. (einschließlich 10 Pf. für Porto). Die Abnahme von 100 Hefen 10,00 RM., von 200 Hefen 18,00 RM., von 500 Hefen 35,00 RM., von 1000 Hefen 65,00 RM. (einschließlich 10 Pf. für Porto). Die Abnahme von 1000 Hefen 65,00 RM. (einschließlich 10 Pf. für Porto). Die Abnahme von 1000 Hefen 65,00 RM. (einschließlich 10 Pf. für Porto).

Druck u. Verlag Max Baumbach, Dresden, Postfach 10011  
Kaufpreis nur mit best. Quittung  
(Dresden, Markt) zulässig, Unverkäuflich  
Schreibweise nach nicht anwendbar

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

## Ostpreußens Verteidigung wird gesichert

### Manöver-Rede des Reichswehrministers

Eibing, 6. Sept. Reichswehrminister General von Schleicher nahm am heutigen Schlußtag der Divisionalübungen im Raume Hirsch von Eibing persönlich an den Übungen teil. Nachdem die Manöver gegen 1 Uhr mittags abgeblasen waren, unterhielt der Minister sich mit dem im Raumbereich anwesenden Vertretern der Presse, ließ sich den empfangenen Eindruck schildern und richtete danach an die Pressevertreter eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Die Provinz Ostpreußen fähig sich besonders hervorzutun. Unvergleichbar sei zweierlei notwendig, einmal eine moderne Bewaffnung, die aber nicht mehr zu kosten brauche, zum anderen aber, daß jeder Ostpreuße für die Zukunft wisse, wie und wo er sein Vaterland im Ernstfall zu verteidigen habe; denn einen Anspruch auf Verteidigung des Landes, wie man ihn z. B. der Schweiz zubillige, müsse auch Deutschland, insbesondere Ostpreußen, erheben dürfen. Das Recht eines jeden Staats, sich im Notfall zur Wehr zu setzen, gebühre auch Deutschland. Traurig, daß es Blätter gebe, die der gegenwärtigen Regierung die Vertretung der Forderung nach Gleichberechtigung in diesem Sinne nicht zusprechen wollten. Nach Meinung des Ministers habe jede nationale Regierung das Recht, den nationalen Schutz des Landes zu fordern. Der Minister sei der Auffassung, daß darüber Einigkeit im ganzen deutschen Volke herrsche, und deshalb habe jede deutsche Regierung das Recht und die Pflicht, für die Lösung dieses Problems einzutreten. Das müsse hier in Ostpreußen besonders gefordert werden.

Anschließend gab der Reichswehrminister auf Anfrage eines ostpreussischen Pressevertreters noch die Erklärung ab, daß die Regierung auf jeden Fall das durchzuführen werde, was für die nationale Verteidigung notwendig sei. Er könne Ostpreußen versichern, daß alle Mittel zu seiner Verteidigung im Notfall auf dem Wege beschafft würden. Deutschland lasse es sich nicht länger gefallen, als eine Nation zweiter Klasse behandelt zu werden.

Den Wortlaut des deutschen Memorandums und ein Interview mit dem Reichsaussenminister siehe S. 2.

### Krise der SPD.

In den letzten Tagen hat auch die Sozialdemokratische Partei wieder von sich hören lassen. Allerdings in einer Weise, die ihr selbst am unangenehmsten sein mußte. Ein linksradikales Mitteilungsblatt war nämlich so liebenswürdig, die Öffentlichkeit in aller Ausführlichkeit darüber zu unterrichten, daß es in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu „festigen Zusammenstößen“ und zu „schweren Differenzen“ gekommen sei. Das mag auf den ersten Blick verwunderlich klingen. Denn man sollte meinen, vom parteipolitischen Standpunkt des Marxismus gesehen, müßte es den Reichstagsabgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion ganz erträglich gehen. Die schlimmeren Zeiten, in denen man, um die preussischen Ministerien zu retten, die dringlichsten Steuernotverordnungen tolerieren und diese Taktik dann den unzufriedenen Massen begreiflich machen mußte, sind ja vorbei. Daß man die Papenregierung bekämpfen müsse, darüber kann doch im Marxismus nicht der leiseste Zweifel herrschen. Trotzdem herrscht innerhalb der Sozialdemokratie nicht nur schwere Unzufriedenheit mit der politischen Entwicklung, sondern Unzufriedenheit vor allem über die eigenen Führer. Man beginnt in den Mitgliedskreisen das Ergebnis der zwölf Jahre sozialdemokratischer Macht in Reich und Ländern unter die kritische Lupe zu nehmen.

Nach der Novemberrevolution haben die alten Parteiveteranen den von den Rehmern in so glänzenden Worten verherrlichten sozialistischen Zukunftsstaat nahe herbeigeführt. In den nächsten Jahren zettelte die sozialdemokratische Regierungskunst zwar nur inner-, außen- und wirtschaftspolitische Misserfolge, aber man entschädigte sich durch den Ausbau der sozialdemokratischen Machtpositionen. In alle öffentlichen Ämter rückten Funktionäre der Partei, und die Gewerkschaften erlangten maßgeblichen Einfluß auf das Wirtschaftsleben. Mit diesen Tatsachen konnte man die Unzufriedenheit in den eigenen Reihen immer wieder niederhalten. Diese Mißstimmung mußte aber offenbar werden, als trotz der opfervollen Tolerierungspolitik schließlich die preussische Machtstellung widerstandslos geräumt werden mußte. Vorübergehend konnten sich die Unzufriedenen noch an dem Gedanken der „Eisernen Front“ bezaubern und sich an der unbekümmerten Demagogie der Wahlkampfreden und Flugblätter erfreuen. Aber am Tage nach der Wahl kam bereits die Ernüchterung, der Machtverlust machte einer betrüblichen Auserwählung Platz. Man hatte keine Witzläufer gewonnen, ja, man hatte sogar abermals weit über eine halbe Million Wähler eingebüßt. Die Stagnation des Marxismus ließ sich nicht länger vertuschen. Gerade in einer Zeit der schwersten Wirtschaftskrise, die nach der Lehre von Karl Marx automatisch und ohne große Anstrengung den sozialistischen Zukunftsstaat bringen sollte, erreichte die Partei prozentual ihren Tiefstand, und verlor überdies die bis jetzt behaupteten Machtstellungen. Sogar aus dem Reichstagspräsidium verschwanden die sozialdemokratischen Vertreter. Es gibt hierüber die ersten Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratischen Partei, weil der Vorstand viermal den ehemaligen Präsidenten Lohse mit dem Ersuche aufsehens hatte, daß sich seine Stimmenzahl bei jeder Wahl verminderte, die Niederlage der SPD, und Lohse also immer schärfer wurde.

Das unangenehme Gefühl des vor kurzem noch Mächtigen, der nun völlig überflüssig geworden ist, verhärtete sich jedoch bei den politischen Verhandlungen der Parteien untereinander und mit der Regierung. War es noch für Brüning von größter Wichtigkeit, ob Herr Preußisch oder Herr Weis über irgendeine Regierungsmaßnahme auch nur die Stimm rumselten, so ist das für die Regierung heute völlig gleichgültig geworden. Die Nationalsozialisten haben in dieser Hinsicht völlig das Oberhand gewonnen. Das Geschäft der Opposition besorgen gegenwärtig sie und das Zentrum. Ihre Gegenspieler sind das feine Kabinett vom Reichspräsidenten v. Hindenburg herleitende Reichskabinett samt der kommunistischen Regierung in Preußen und ihre parlamentarischen Anhänger, die Deutschnationalen. Zwischen diesen Gruppen werden die Entscheidungen fallen. Die Sozialdemokraten, einst die Stars der politischen Bühne, sind zu nichtbeachteten Statisten herabgesunken. Es ist völlig gleichgültig geworden, was die Sozialdemokratie denkt und tut. Sie muß einfach abwarten, was das Schicksal in Form der anderen Parteigruppen und die Regierung über sie verhängen wird. Sollte es zu einer Reichstagsauflösung kommen, so wird sie, im Vergleich zur letzten Wahl, nicht einmal über eine ausreichende Wahlparole verfügen. Das Schlagwort von den „Nazibaronen“ hat sich in mittlerweile durch die Opposition Ollers gegen Papen als ein bares Unkraut erwiesen.

In einer solchen Lage pflegen dann die unzufriedenen Elemente, wie es naturgemäß ist, die Schuld bei den alten Führern zu suchen. Nun standen in der Sozialdemokratischen Partei doch schon seit längerer Zeit die

## Der soziale Gedanke im Wirtschaftsprogramm

### Rundfunkrede des Reichsarbeitsministers

Berlin, 6. Sept. In der „Stunde der Reichsregierung“ hielt heute abend Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer eine Rede, die über alle deutschen Sender verbreitet wurde. Der Minister betonte, daß die Volkswirtschaft bei ihrem dreijährigen Niedergang jetzt die Talsohle erreicht habe. Sogar die Zweifel stellten nicht mehr in Abrede, daß der Fall an Geschwindigkeit und Wucht nachgelassen hat. Dieser Wandel in der Grundstimmung sei zum guten Teil die Frucht der Verhandlungen von Lausanne. Trotz der verhältnismäßigen Gunst der Jahreszeit zählen die Arbeitsämter noch 5,4 Millionen Arbeitslose. Mit dem Eintritt der rauhen Jahreszeit wird, wenn nichts Durchgreifendes geschieht, die Arbeitslosigkeit von neuem stark anschwellen.

Die Reichsregierung weiß, daß für den vermehrten Bedarf im Winter die niedrigen Sätze der Unterstützung nicht ausreichen.

Der Haushalt der öffentlichen Hand wird sich auf eine angemessene Erhöhung der Unterstützungssätze einstellen müssen. Es ist daher erforderlich, daß vorher eine große Preisse in die sich immer höher türmende Mauer der Arbeitslosigkeit gelegt wird. Dafür scheint der gegenwärtige Charakter und Zeitpunkt der Wirtschaftsdpression besonders geeignet zu sein.

Sozial handelt, wer Arbeit schafft: Dieser Satz schließt Grund und Ziel aller Maßnahmen der Reichsregierung in sich.

Der Minister zählte dann die einzelnen Maßnahmen der Regierung zur Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten auf,

wobei er mit Nachdruck darauf hinwies, daß dem Steuer-nachschuß im allgemeinen ein soziales Motiv zugrunde liege. Es ist, erklärte der Minister, ein Irrtum, anzunehmen, der Steuernachschuß sei eine reine Zuzahlung an die Steuerpflichtigen. Ein solcher Irrtum könnte bei der breiten Masse eine wirtschaftsfeindliche Stimmung gegen den Steuernachschuß erregen. Ich möchte dem Irrtum sofort entgegen treten.

Der Steuernachschuß ist zunächst mit der flüssigkeitsbedürftigen Anlage beschwert, daraus eine Kreditquelle für wirtschaftliche Zwecke zu machen.

Der Steuernachschuß ist gerade als Voraussetzung für die Erweiterung des Arbeitsbeschaffungsprogramms gedacht. Es ist nicht zu verkennen, daß die Beschäftigungsprämie der Gefahr des Mißbrauchs ausgesetzt ist. Die Reichsregierung wird aber in ausführenden und ergänzenden Vorarbeiten dem Mißbrauch zu begegnen wissen. Die Reichsregierung bekennt sich zur sozialen Mission des Staates gegenüber Kranken und Verletzten, Jugendlichen und schuldlosen Arbeitern. Sie hält fest an der öffentlich-rechtlichen Arbeiterfürsorge, an gesetzlichen Arbeitsschutz, an Tarif- und Schlichtungsverfahren. Für die Richtung in der Sozialpolitik ist der Wille maßgebend, den der Reichspräsident am 30. August in Reuders fund gegeben hat:

„Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft soll gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleiben.“

Ich bitte die Unternehmer, jetzt ans neue Werk zu gehen und unter Ausnutzung der dargebotenen Chancen mit Mut und Entschlossenheit zuzugreifen.

### Die Reform der Sozialversicherung

Berlin, 6. Sept. Wie wir erfahren, haben heute zwischen den beteiligten Reichsressorts Beratungen über die Richtlinien stattgefunden, die für die Durchführung des Systems der Mehrbeschäftigungsprämien und der tariflichen Maßnahmen der gestern veröffentlichten Verordnung erlassen werden sollen. Diese Besprechungen bilden die Grundlage für die morgen und übermorgen stattfindenden Verhandlungen mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

und für die Karlsruhe Konferenz des Reichsarbeitsministers mit den Schlichtern am Freitag. Es liegt in der Schwierigkeit der Materie, daß der Reichsarbeitsminister erst alle Details hören will, ehe er die Richtlinien für die Einzelheiten festsetzt. An unterrichteter Stelle rechnet man mit ihrem Erscheinen im Laufe der nächsten Woche.

Alle diese Besprechungen haben jedoch nichts, wie es in einem Teil der Berliner Presse mißverständlich dargestellt wird, mit den sozialpolitischen Maßnahmen zu tun, zu denen die Reichsregierung im zweiten Teil der Verordnung des Reichspräsidenten ermächtigt wird. Dieses Problem der Vereinfachung und Verschärfung der sozialen Einrichtungen wird vielmehr erst in Angriff genommen werden, wenn die oben behandelten Fragen geregelt sind. Man nimmt an,

daß die sozialpolitischen Maßnahmen Ende dieses Monats oder Anfang Oktober auf den Weg kommen. Dabei handelt es sich im wesentlichen um Verwaltungsmaßnahmen bei der Invalidenversicherung, bei den Krankenkassen und den Berufsgenossenschaften. Bei der Invalidenversicherung wird an eine vereinfachte Gliederung des Systems der Landesversicherungsanstalten gedacht. Die Rettung der Landesversicherungsanstalten wird der Reichsverwaltung näher gebracht werden. Im übrigen soll sich die Reform namentlich auf die kleineren und schwächeren Anstalten beziehen. Ähnlich sind die Pläne für die Berufsgenossenschaften, bei denen die Unfallversicherung liegt.

Viele Berufsgenossenschaften sind so klein geworden, daß der Verwaltungsausschuss in keinem Verhältnis mehr zu dem Nutzen steht.

Besonders augenfällig sind diese Verhältnisse z. B. im Bau-gewerbe, das ja außerordentlich schwer dastehen muß. Bester ist u. a. damit zu rechnen, daß auch in der Spitzenverwaltung der Arbeitslosenversicherung Einsparnis- und Vereinfachungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Schon aus diesen Ausführungen kann man ersehen, daß es sich bei dem Vereinfachungswerk um eine große und bedeutungsvolle Aufgabe handelt. Dabei kommt dem Reichsarbeitsminister Schäffer zuhalten, daß er gerade auf diesem Gebiet von seiner früheren Tätigkeit her besonders zu Dank verpflichtet ist und als hervorragende Autorität gilt.

Vertical list of numbers and small text on the left margin, likely a stock or market index.